



Wirtschafts- und Sozialrat

Verteilung: Allgemein
16. August 2021

Deutsch
Original: Englisch

Tagung 2021

Tagesordnungspunkt 5

Tagungsteil auf hoher Ebene

Ministerialerklärung des Tagungsteils auf hoher Ebene der Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats von 2021 und des hochrangigen politischen Forums 2021 über nachhaltige Entwicklung, einberufen unter dem Dach des Rates zum Thema „Nachhaltige und tragfähige Überwindung der COVID-19-Pandemie, die die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung fördert: Schaffung eines inklusiven und wirksamen Weges zur Verwirklichung der Agenda 2030 im Kontext der Dekade des Handelns und der Erfolge für nachhaltige Entwicklung“

Wir, die Ministerinnen und Minister und Hohen Beauftragten, sind in dieser schwierigen Zeit der Krise, der Resilienz, der Erholung und der Hoffnung virtuell zusammengekommen und

1. bekräftigen jetzt, mit Eintritt in die Dekade des Handelns und der Erfolge für nachhaltige Entwicklung, unser Bekenntnis zur vollständigen Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung¹ und zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Raschere Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 als Aktionsplan für die Erde und die Menschen, für Wohlstand, Frieden und Partnerschaft bieten ein weltweites Vorbild für unsere Maßnahmen, den nachteiligen mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) zu begegnen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, künftigen Pandemien vorzubeugen und eine bessere Zukunft für alle zu schaffen.
2. bekräftigen, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist, und nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass bei der Armutsminderung erstmals seit Jahrzehnten eine Trendwende eingetreten ist.
3. sind uns dessen bewusst, dass die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise die weltweit bestehenden Schwachstellen und Ungleichheiten in und zwischen den Ländern aufgedeckt und verschärft hat sowie systemische Schwächen, Probleme und Risiken stärker

¹ Resolution [70/1](#) der Generalversammlung.



hervortreten ließ und droht, die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung aufzuhalten oder zu untergraben. In der Erkenntnis, dass die Pandemie beispiellose und vielgestaltige Auswirkungen hat und für alle Länder, insbesondere Entwicklungsländer und auch Länder in besonderen Situationen, schwerwiegende Folgen nach sich zieht, betonen wir, dass ein erneuertes weltweites Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung dringend geboten ist.

4. bekräftigen außerdem die Grundsätze der Agenda 2030, darunter der Grundsatz, niemanden zurückzulassen, sowie ihren umfassenden, weitreichenden und die Menschen in den Mittelpunkt stellenden Katalog universeller und transformativer Ziele und Zielvorgaben, die integriert und unteilbar sind und der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung tragen. Wir sind uns der Synergien zwischen der Umsetzung der Agenda 2030 und der Durchführung des Klimaübereinkommens von Paris² bewusst. Wir benötigen einen integrierten Ansatz, der Wechselbeziehungen nutzt und dafür sorgt, dass möglichst wenige Konflikte zwischen den einzelnen Zielen und Zielvorgaben entstehen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Regierungen die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 tragen. Wir verweisen erneut auf die zentrale Rolle, die dem System der Vereinten Nationen bei der Unterstützung der Umsetzung der Agenda 2030 sowie bei der wirksamen Mobilisierung und Koordinierung der weltweiten Maßnahmen zugunsten einer nachhaltigen, tragfähigen und inklusiven Überwindung der COVID-19-Pandemie zukommt. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit, zu Multilateralismus und zu Solidarität auf allen Ebenen als die beste Möglichkeit, globale Krisen wie die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen weltweit wirksam zu bekämpfen.

5. erkennen an, dass die COVID-19-Pandemie bereits jetzt ganz erhebliche Auswirkungen auf gewisse Bereiche der Ziele für nachhaltige Entwicklung hat und jahrelange Entwicklungsbemühungen untergräbt. Die Pandemie verschärft bestehende Hindernisse für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, strukturelle Ungleichheiten, Lücken und systemische Probleme und Risiken. Sie hat weltweit zu einer Überlastung der Gesundheitssysteme, zu einer einschneidenden Unterbrechung grundlegender Gesundheitsdienste, zur Schließung von Unternehmen und Betrieben und zu einer vorübergehenden Senkung der Rohstoffpreise, Investitionen und Heimatüberweisungen geführt, sie hat beispiellose Anforderungen an die Sozialschutzsysteme gestellt, sich auf die internationale menschliche Mobilität, den Tourismus und die damit verbundenen Dienstleistungen ausgewirkt, die Kapazitäten lokaler Behörden zur Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen ausgehöhlt, die Existenzgrundlagen der Hälfte aller Erwerbstätigen weltweit schwer beeinträchtigt, die Arbeitslosigkeit und das ohnehin schon hohe Verschuldungs- und Gefährdungsniveau in vielen Ländern verschlimmert, die Schulbildung Hunderter Millionen junger Menschen unterbrochen, die Gewähr von humanitärem Schutz und humanitärer Hilfe erschwert und die globalen Wertschöpfungs- und Versorgungsketten und damit die Güterversorgung gestört.

6. Im Mittelpunkt eines globalen Aufschwungs steht der gerechte und erschwingliche Zugang aller Menschen zu sicheren, hochwertigen, effektiven, wirksamen, barrierefrei zugänglichen und erschwinglichen COVID-19-Impfstoffen, -Therapeutika und -Diagnostika. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, internationale Partnerschaften aufzubauen, um eingedenk der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten insbesondere die Produktions- und Vertriebskapazitäten auszubauen, und erkennen an, dass flächendeckende Impfungen gegen

² Siehe [FCCC/CP/2015/10/Add.1](#), Beschluss 1/CP.21, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2016 II S. 1082; LGBI. 2017 Nr. 286; öBGBI. III Nr. 197/2016; AS 2017 5735.

COVID-19 als globales öffentliches gesundheitliches Gut eine wichtige Rolle dabei spielen, die Übertragung des Virus zu verhindern, einzudämmen und aufzuhalten und so der Pandemie ein Ende zu setzen. Wir treffen den Beschluss, unermüdlich darauf hinzuwirken, dass alle Länder rasch Zugang zu COVID-19-Impfstoffen, -Therapeutika und -Diagnostika erhalten. Wir gewähren dem Kooperationsrahmen ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) und seiner Fazilität für den globalen Zugang zu COVID-19-Impfstoffen (COVAX) unsere volle Unterstützung und fordern den öffentlichen und den privaten Sektor auf, die Finanzierungslücken dieser Einrichtungen zu schließen. Wir ermutigen außerdem die Länder mit entsprechenden Kapazitäten, die COVAX-Fazilität und die Weltgesundheitsorganisation aktiv zu unterstützen, indem sie unter anderem überschüssige Impfdosen an die COVAX-Fazilität weitergeben, um eine gerechte Verteilung von Impfstoffen an die Entwicklungsländer zu fördern. Wir begrüßen es, dass multilaterale Finanzinstitutionen weiter Unterstützung und Zugang zu konzessionärer Finanzierung und anderen finanziellen Maßnahmen bereitstellen, um den Entwicklungsländern dabei zu helfen, auf nationaler Ebene die Impfmandate zu erfüllen, die Gesundheitssysteme und -infrastrukturen zu verbessern und den Bereitschaftsgrad zu erhöhen sowie Fortschritte auf dem Weg zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung zu erzielen.

7. Wir fordern die rasche Aufstockung und Ausweitung der weltweiten Impfstoffproduktion, auch in den Entwicklungsländern, durch die geeignete Verbreitung von Technologie und Fachwissen gemäß den Regeln der Welthandelsorganisation, beispielsweise durch die Vergabe von Lizenzen, gegebenenfalls unter Nutzung der Flexibilitäten im Rahmen der handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), und durch den Austausch von Wissen und Daten zu Gesundheitstechnologien zur Bekämpfung von COVID-19. Wir unterstützen die laufenden Gespräche in der Welthandelsorganisation darüber, wie das regelgestützte multilaterale Handelssystem dazu beitragen kann, den Zugang zu einer gerechten Verteilung von COVID-19-Impfstoffen zu verbessern.

8. Um wirksam auf Gesundheitskrisen wie die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen reagieren und sie auf nachhaltige, inklusive und tragfähige Weise überwinden zu können, müssen wir unter anderem dringend die Anstrengungen zur Verwirklichung des Menschenrechts auf einwandfreies Trinkwasser und Sanitärversorgung verstärken, den Zugang zum Händewaschen und zu Hygiene gewährleisten und bis 2030 eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen auf allen Ebenen verwirklichen, gegebenenfalls auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um eine nachhaltige Wasserversorgung für das Leben auf der Erde, die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion sowie andere Ökosystemleistungen und sonstige Vorteile sicherzustellen.

9. Wir erkennen die Anstrengungen an, die die Regierungen ebenso wie Gesundheitsfachkräfte und andere systemrelevante Arbeitskräfte in aller Welt unternehmen, um die Pandemie durch Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und des Wohlergehens der Bevölkerung zu bewältigen. Wir erkennen die unverzichtbare Rolle der Frauen bei der Bekämpfung von COVID-19 an und sind uns der Notwendigkeit bewusst, ihre konstruktive Teilhabe und Führungsrolle in die lokalen Maßnahmen und die Maßnahmen zur Überwindung der Pandemie einzubeziehen und die bestehenden Zusagen und Verpflichtungen in Bezug auf den gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 uneingeschränkt zu achten, zu schützen und zu erfüllen.

10. Wir anerkennen den Beitrag des Berichts des Generalsekretärs über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung³ sowie den Beitrag des Wirtschafts- und Sozialrats, der Regionalforen über nachhaltige Entwicklung, der Fachkommissionen des Rates, anderer zwischenstaatlicher Organe und Foren sowie sonstiger maßgeblicher Interessenträger.

11. Wir sprechen den 42 Ländern⁴, die auf dem hochrangigen politischen Forum 2021 über nachhaltige Entwicklung freiwillige nationale Überprüfungen vorgelegt haben, unser Lob aus. Auch den 47 Ländern⁵, die solche Überprüfungen 2020 durchgeführt haben, und den 47 Ländern⁶, die die Überprüfungen 2019 durchgeführt haben, gilt unser Lob. Wir danken der Gruppe der Freunde der freiwilligen nationalen Überprüfungen sowie der Weiterverfolgung und Überprüfung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung für die Unterstützung des Prozesses zur Erarbeitung der freiwilligen nationalen Überprüfungen. Wir legen den Vereinten Nationen eindringlich nahe, die aus den Überprüfungen gewonnenen Erkenntnisse und Fakten noch stärker zu nutzen und diese als eine Gelegenheit zu fördern, bei der die Beteiligten voneinander lernen können. Wir ermutigen die Länder, lokal verankerte Entwicklungsansätze und -lösungen weiterzugeben und so die Umsetzung der Agenda 2030 zu beschleunigen.

12. Wir bekräftigen die Bedeutung der regionalen Dimension der nachhaltigen Entwicklung für die Bewältigung regionaler Herausforderungen und die Ausweitung der Maßnahmen zugunsten der Länder und zwischen ihnen. Wir begrüßen die Arbeit der Regionalkommissionen und erkennen den wertvollen Beitrag der Regionalforen über nachhaltige Entwicklung an, die als Plattformen für eine Vielzahl von Interessenträgern ihre Mitgliedstaaten bei der Weiterverfolgung und Überprüfung der Agenda 2030 in den jeweiligen Regionen unterstützen.

13. Wir bekräftigen, dass der Schwerpunkt bei unserer Überprüfung 2021 zwar auf den Nachhaltigkeitszielen 1, 2, 3, 8, 10, 12, 13, 16 und 17 lag, dass es aber aufgrund des integrierten, unteilbaren und universellen Charakters der Agenda 2030 und ihrer Ziele von entscheidender Bedeutung ist, dass wir den Wechselbeziehungen zwischen den Zielen und der

³ E/2021/58.

⁴ Afghanistan, Ägypten, Angola, Antigua und Barbuda, Aserbaidshjan, Bahamas, Bhutan, Bolivien (Plurinationaler Staat), Cabo Verde, China, Dänemark, Demokratische Volksrepublik Korea, Demokratische Volksrepublik Laos, Deutschland, Dominikanische Republik, Guatemala, Indonesien, Irak, Japan, Katar, Kolumbien, Kuba, Madagaskar, Malaysia, Marshallinseln, Mexiko, Namibia, Nicaragua, Niger, Norwegen, Paraguay, San Marino, Schweden, Sierra Leone, Simbabwe, Spanien, Thailand, Tschad, Tschechien, Tunesien, Uruguay und Zypern.

⁵ Arabische Republik Syrien, Argentinien, Armenien, Bangladesch, Barbados, Benin, Brunei Darussalam, Bulgarien, Burundi, Costa Rica, Demokratische Republik Kongo, Ecuador, Estland, Finnland, Gambia, Georgien, Honduras, Indien, Kenia, Kirgisistan, Komoren, Liberia, Libyen, Malawi, Marokko, Mikronesien (Föderierte Staaten von), Mosambik, Nepal, Niger, Nigeria, Nordmazedonien, Österreich, Panama, Papua-Neuguinea, Peru, Republik Moldau, Russische Föderation, Salomonen, Sambia, Samoa, Seychellen, Slowenien, St. Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago, Uganda, Ukraine und Usbekistan.

⁶ Algerien, Aserbaidshjan, Bosnien und Herzegowina, Burkina Faso, Chile, Côte d'Ivoire, Eswatini, Fidschi, Ghana, Guatemala, Guyana, Indonesien, Irak, Island, Israel, Kambodscha, Kamerun, Kasachstan, Kongo, Kroatien, Kuwait, Lesotho, Liechtenstein, Mauretanien, Mauritius, Mongolei, Nauru, Neuseeland, Oman, Pakistan, Palau, Philippinen, Ruanda, Serbien, Sierra Leone, St. Lucia, Südafrika, Timor-Leste, Tonga, Tschad, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Vanuatu, Vereinigte Republik Tansania, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland und Zentralafrikanische Republik.

Nutzung von Synergien und indirektem Nutzen über alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung hinweg besondere Aufmerksamkeit widmen und dabei Konflikte zwischen den Zielen vermeiden beziehungsweise minimieren.

14. Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt darüber, dass das globale Ziel, die Armut bis 2030 zu beseitigen, außer Reichweite rückt, und sind uns dessen bewusst, dass die Situation durch die mehrdimensionalen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie noch verschärft wird, da mit dem Anstieg der Zahl der Armen um bis zu 124 Millionen auch der Anteil der extremen Armut zum ersten Mal seit einer Generation gewachsen ist, vor allem in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen und unter anderem bei Frauen und Mädchen. Die Zahl der nach wie vor in mehrdimensionaler Armut lebenden Menschen ist unannehmbar hoch, die Ungleichheit beim Einkommen, beim Vermögen und bei den Chancen innerhalb und zwischen vielen Ländern ist weiter hoch oder nimmt zu und die nicht einkommensbezogenen Dimensionen von Armut und Entbehrung, wie der Zugang zu hochwertiger Bildung, Sozialschutz und grundlegenden Gesundheitsdiensten, und die relative Armut geben ebenso wie die extreme und die ländliche Armut nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig Sozialschutzsysteme sind. Dennoch verfügen 4 Milliarden Menschen weltweit über keinerlei Sozialschutz. Wir fordern daher alle Länder auf, ihren Sozialschutz auszuweiten, unter anderem durch den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle, einschließlich eines sozialen Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen zu erreichen. Wir betonen, wie wichtig es ist, die Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, überall auf der Welt durch gezielte Maßnahmen, darunter mehr internationale Unterstützung und verstärkte globale Partnerschaften, zu beseitigen, und stellen fest, dass die Länder, das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen und alle maßgeblichen Interessenträger bei ihrer Tätigkeit und bei ihren Maßnahmen zur Armutsbeseitigung einen multidimensionalen, koordinierten Ansatz gewährleisten und fördern müssen.

15. Wir stellen mit großer Besorgnis fest, dass Hunger und alle Formen der Fehlernährung, einschließlich Wachstumsstörung, Unterernährung, Übergewichts und Fettleibigkeit, überall zunehmen. Wir bekräftigen das Recht jedes Menschen auf Zugang zu gesundheitlich unbedenklichen und nährstoffreichen Nahrungsmitteln im Einklang mit der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung und des Grundrechts eines jeden Menschen, frei von Hunger zu sein, und verpflichten uns, bis 2030 eine Welt ohne Hunger zu schaffen und Fehlernährung in allen ihren Formen zu beenden. Bereits vor der COVID-19-Pandemie lag die Welt nicht auf Kurs, den Hunger bis 2030 vollständig zu beseitigen, und eine gesunde Ernährung war für erhebliche Teile der Bevölkerung unerreichbar. Durch die Pandemie könnte die Zahl der Menschen, die 2020 an chronischem Hunger litten, gegenüber den 690 Millionen Menschen im Jahr 2019 um weitere 83 bis 132 Millionen Menschen gestiegen sein. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie dringend notwendig konkrete Maßnahmen sind, um Hunger und alle Formen von Fehlernährung zu beseitigen und inklusive, widerstandsfähige und nachhaltige Ernährungssysteme zu gewährleisten. Wir erkennen an, dass Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Ungleichheiten, einschließlich der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Konflikte, humanitäre Notlagen, der Verlust an biologischer Vielfalt, Wasserknappheit und die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen die Aussichten, Hunger und alle Formen von Fehlernährung bis 2030 zu beseitigen, untergraben. Wir sind uns außerdem der Notwendigkeit bewusst, die umweltschädlichen Auswirkungen der Nahrungsmittelsysteme zu verringern und zu diesem Zweck politische Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, die resiliente Nahrungsmittelsysteme fördern und gleichzeitig Existenzgrundlagen sichern, und Agrarbetriebe zu ermutigen, die modernsten und am besten geeigneten Informations-

technologien einzusetzen, um ihre Resilienz, ihre Produktivität und ihr Einkommen zu erhöhen, die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft zu steigern und die Ernährungssicherheit zu verbessern. Es gilt, die innerstaatlichen Maßnahmen in diesen Bereichen besser zu koordinieren und gleichzeitig anzuerkennen, dass es keine Einheitslösung gibt und dass die Nahrungsmittelsysteme den lokalen Bedürfnissen und Gegebenheiten gerecht werden sollen. Interventionsmaßnahmen zum Aufbau nachhaltiger und resilienter Nahrungsmittelsysteme müssen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und alle maßgeblichen Akteure einbeziehen, insbesondere Kleinerzeuger und bäuerliche Familienbetriebe, und dürfen nicht nur auf die Produktion und den Konsum von Nahrungsmitteln abstellen, sondern müssen auch die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzung von Nahrungsmitteln und die Stabilität der Nahrungsmittelsysteme verbessern, einschließlich der Bedeutung des Agrarhandels. Wir unterstreichen außerdem die unverzichtbare Rolle einer gesunden Meeresumwelt und gesunder mariner Ökosysteme, der nachhaltigen Fischerei und einer nachhaltigen Aquakultur für die Ernährungssicherheit und die Ernährung und für die Existenzsicherung von Millionen Menschen. Wir unterstreichen, dass der Verlust von Nahrungsmitteln verringert, ihre Verschwendung verhindert und Nahrungsmittelabfälle verwertet werden müssen. Wir fordern außerdem die Länder auf, dafür zu sorgen, dass alle Menschen, insbesondere Menschen in prekären Situationen, einschließlich Säuglingen und Kindern, das ganze Jahr über Zugang zu gesundheitlich unbedenklichen, ausreichenden, erschwinglichen, nahrhaften und vielfältigen Nahrungsmitteln haben, sowie über nachhaltige Nahrungsmittelsysteme eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu fördern, auch durch die Unterstützung von Schulspeisungsprogrammen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens der Märkte für Nahrungsmittelrohstoffe und ihre Derivate zu ergreifen und den raschen Zugang zu Marktinformationen, unter anderem über Nahrungsmittelreserven, zu erleichtern, um extreme Nahrungsmittelpreisschwankungen begrenzen zu helfen. Wir werden uns bemühen, die ungehinderte grenzüberschreitende Versorgung mit Nahrungsmitteln, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln sowie anderen Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen und die Nahrungsmittelversorgungsketten funktionsfähig zu halten, um das Wohlergehen aller Menschen zu stützen.

16. Durch COVID-19 bedingte Unterbrechungen haben die Fortschritte in vielen Gesundheitsbereichen zum Erliegen gebracht oder gar umgekehrt. Wir stellen fest, dass die Ausgaben für Gesundheitsversorgungsleistungen die einzelnen Haushalte immer stärker belasten und dass Menschen so in extreme Armut gedrängt werden. Wir bekräftigen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit ohne irgendeinen Unterschied. Wir fordern mehr Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme, um eine allgemeine Gesundheitsversorgung zu erreichen, die den Zugang zu erschwinglichen und hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten, einschließlich einer Absicherung gegen finanzielle Risiken, sowie den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln, Diagnostika, Impfstoffen und anderen Gesundheitstechnologien für alle umfasst. Dazu gehört auch ein verstärktes Vorgehen gegen die Herstellung von gefälschten medizinischen Produkten und den Handel damit, die im Kontext der COVID-19-Pandemie noch weiter zugenommen haben. Wir stellen mit großer Besorgnis fest, dass beim jetzigen Fortschrittstempo nur wenige Länder das Ziel erreichen werden, bis 2030 die vorzeitige Sterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten um ein Drittel zu senken, und fordern verstärkte Maßnahmen zur Senkung dieser vorzeitigen Sterblichkeit durch Prävention und Behandlung sowie die Unterstützung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei ihren Bemühungen, die Sterblichkeit und Morbidität aufgrund dieser Krankheiten zu verringern. Wir stellen außerdem mit Besorgnis fest, dass die Verringerung der vermeidbaren Sterblichkeit von Müttern, Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren besonders schleppend vorankommt, verpflichten uns zu

rascherem Handeln und werden zu diesem Zweck die zugangs- und qualitätsbezogenen Ungleichheiten bei Diensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit und der Gesundheit von Müttern und Neugeborenen abbauen und gegen spezifische Risiken angehen, einschließlich des Infektionsrisikos, das durch mangelhaften Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene entsteht. Wir verpflichten uns im Einklang mit der Agenda 2030, bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung, und die Einbeziehung der reproduktiven Gesundheit in nationale Strategien und Programme zu gewährleisten. Es bedarf besonderer Maßnahmen, um den Anteil der von qualifiziertem Geburtshilfepersonal betreuten Geburten zu erhöhen. Darüber hinaus verpflichten wir uns, den vermeidbaren Todesfällen bei Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren ein Ende zu setzen, die Aids-, Tuberkulose- und Malariaepidemien und andere übertragbare Krankheiten zu beseitigen, sektorübergreifende Maßnahmen zu treffen, um der anhaltenden Bedrohung durch antimikrobielle Resistenz zu begegnen, die psychische Gesundheit und das Wohlergehen zu fördern, die Prävention und Behandlung des Substanzmissbrauchs zu verstärken und die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Straßenverkehrsunfällen und Ertrinken weltweit zu halbieren. Schließlich verpflichten wir uns, die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich zu verringern.

17. Die COVID-19-Krise hat erhebliche negative Auswirkungen auf das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und das Pro-Kopf-Einkommen sowie auf die Existenzgrundlagen und ein sicheres Arbeitsumfeld, auch für Frauen, junge Menschen und Arbeitsmigrantinnen und -migranten, und erhöht gleichzeitig die Anfälligkeit für einige der missbräuchlichsten Arbeitspraktiken wie Kinder- und Zwangsarbeit. Die Krise hat daher gezeigt, wie überaus wichtig es ist, eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation zu erreichen, einschließlich durch Konzentration auf mit hoher Wertschöpfung verbundene und arbeitsintensive Sektoren. Wir stellen fest, dass unverhältnismäßig viele junge Erwerbstätige sowie Arbeitsmigrantinnen und -migranten und Frauen in informellen Arbeitsverhältnissen und Marktsystemen beschäftigt sind und dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle fortbesteht. Wir betonen, dass unternehmerische Initiative, Kreativität und Innovation das Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen könnten, und erinnern daran, dass 2021 das Internationale Jahr der Kreativwirtschaft für die nachhaltige Entwicklung ist. Wir werden uns weiter darum bemühen, die Arbeitsrechte zu schützen und die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Erwerbstätigen zu fördern, einschließlich wirksamer Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von Zwangsarbeit und zur Beendigung der modernen Sklaverei und des Menschenhandels. Wir werden einen nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Aufschwung fördern, die Voraussetzungen für menschenwürdige Arbeit für alle schaffen, auch für diejenigen, die in der informellen Wirtschaft tätig sind, einen wirtschaftlichen Strukturwandel unterstützen, einschließlich der Ausweitung digitaler und mobiler Bankdienstleistungen und der Inklusion, den Zugang von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen zu Finanzmitteln unterstützen und erleichtern und ihre Kapazitäten ausbauen, damit sie ihren Betrieb fortsetzen und zur Wiederherstellung von Arbeitsplätzen und Einkommen beitragen können. Wir bekräftigen unser Engagement für den Schutz der Arbeitsrechte und die Förderung sicherer Arbeitsumgebungen für alle Erwerbstätigen. Wir werden unsere Bemühungen um eine schrittweise Verbesserung der weltweiten Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion verstärken und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben. Investitionen in den Pflege- und Betreuungssektor sind notwendig, um nachhaltige Volkswirtschaften anzukurbeln, Arbeitsplätze zurückzubringen beziehungsweise zu schaffen, den unver-

hältnismäßig hohen Anteil der Frauen an der unbezahlten Pflege- und Hausarbeit anzuerkennen, zu verringern und umzuverteilen und die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung zu verringern. Der Tourismus als einer der weltweit wichtigsten Wirtschaftszweige und als Beschäftigungsquelle muss nachhaltig unterstützt werden, um seinen Beitrag zur Agenda 2030 zu erhöhen, indem er lokalen Gemeinschaften zugutekommt und menschenwürdige Arbeitsplätze für alle schafft, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit zu gewährleisten. In dieser Hinsicht begrüßen wir die Eröffnung des Regionalbüros der Weltorganisation für Tourismus in Riad (Saudi-Arabien) als Ausdruck der Entschlossenheit, in der gesamten Region und weltweit eine starke Tourismusbranche auf den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und der Chancen für alle aufzubauen. Wir werden das Verbot und die Beseitigung jeder Form von Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, erwirken sowie bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen, unter Hinweis darauf, dass 2021 das Internationale Jahr für die Beseitigung der Kinderarbeit ist.

18. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, Chancengleichheit zu gewährleisten und die Ungleichheit der Ergebnisse zu reduzieren, namentlich durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht. Wir verpflichten uns zu stärkeren und durch Zusammenarbeit, Partnerschaft, Inklusion und die Achtung der Vielfalt geprägten Anstrengungen im Kampf gegen Rassismus, alle Formen von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz, Stigmatisierung, Hassrede sowie negative Stereotypisierung aufgrund der Religion, der Weltanschauung und der Staatsangehörigkeit. Wir werden dafür sorgen, dass Menschen überall Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen haben, auch Menschen mit Behinderungen, denen dieser Zugang oft fehlt. Wir bringen unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass COVID-19 Ungleichheiten verschärft und die Kluft in und zwischen den Ländern vergrößert hat, sodass viele Menschen zurückgelassen werden, und fordern alle Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen zu verstärkter Zusammenarbeit auf, um solche Auswirkungen, auch auf Ungeimpfte, gegebenenfalls auch in Bezug auf Reise- und Beschäftigungsmöglichkeiten, anzugehen. Wir würdigen den Beitrag, den internationale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen weltweit zu den multilateralen Maßnahmen zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise leisten. Wir werden dafür sorgen, dass die Entwicklungsländer bei Entscheidungsprozessen in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen besser vertreten sind und mehr Mitsprachemöglichkeiten haben. Die COVID-19-Pandemie hat einerseits gezeigt, dass digitale Technologien ein unverzichtbarer Bestandteil krisenfester Finanz- und öffentlicher Dienstleistungen, einschließlich im Gesundheits- und Bildungsbereich, sind, andererseits aber auch die fortbestehende digitale Kluft aufgezeigt, die den Zugang zu erschwinglichen, sicheren und geschützten Informations- und Kommunikationstechnologien untergräbt. Wir erkennen an, dass digitale Inklusion, wenn sie nachhaltig und sicher umgesetzt wird, als integraler Bestandteil der sozialen und wirtschaftlichen Inklusion dazu beiträgt, dass die digitale Transformation weder die Ungleichheit in und zwischen den Ländern noch die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern vergrößert. Wir sind uns des positiven Beitrags von Migrantinnen und Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung bewusst. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die volle Inklusion von Migrantinnen und Migranten in die Maßnahmen zur Bekämpfung und Überwindung von COVID-19 entsprechend den nationalen Gegebenheiten zu unterstützen. Darüber hinaus verpflichten wir uns erneut darauf, schnellere, sicherere und kostengünstigere Rücküberweisungen zu fördern und bis 2030 die Transaktionskosten für Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten auf weniger als 3 Prozent zu senken und Überweisungskorri-

dore mit Kosten von über 5 Prozent zu beseitigen. Zu diesem Zweck werden wir die bestehenden förderlichen politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen, die Wettbewerb, Regulierung und Innovation auf dem Überweisungsmarkt ermöglichen, weiterentwickeln und Instrumente bereitstellen, die die finanzielle Inklusion von Migrantinnen und Migranten und ihren Familien fördern.

19. Wir setzen uns auch weiterhin für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster ein, auch im Hinblick auf eine nachhaltige und tragfähige Überwindung der COVID-19-Pandemie. Wir fordern den rascheren Ausbau von Multi-Akteur-Partnerschaften auf allen Ebenen, auch mit dem System der Vereinten Nationen, den internationalen Finanzinstitutionen und multilateralen Entwicklungsbanken, um innovative Wege zur Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion zu fördern, einschließlich eines umweltverträglichen Umgangs mit Chemikalien und Abfällen, der Verringerung der Nahrungsmittelverluste und -verschwendung und der Vermeidung von Umweltverschmutzung durch Kunststoffe, und dadurch menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, eine nachhaltige Geschäftstätigkeit zu fördern, die für eine nachhaltige Produktion erforderlichen Fertigkeiten und inklusivere und gerechtere Entwicklungsmodelle zu unterstützen sowie nachhaltigere und stabilere weltweite Versorgungsketten zu schaffen. Wir werden die Entwicklungsländer beim Ausbau ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten unterstützen und sicherstellen, dass die Menschen überall über relevante Informationen und ein Bewusstsein für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster verfügen. Wir fordern alle Länder, allen voran die entwickelten Länder, auf, bis 2022 und darüber hinaus die Umsetzung des Zehnjahres-Programmrahmens für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster⁷ stärker voranzutreiben. Wir ersuchen das System der Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Interessenträgern die Länder bei der Entwicklung und Umsetzung von Politiken, Instrumenten und Lösungen zur Förderung von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion zu unterstützen.

20. Wir bekräftigen, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit darstellt, und betonen, dass die globale Antwort auf die Bedrohung durch den Klimawandel im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und der Maßnahmen zur Beseitigung der Armut verstärkt werden muss. Wir erkennen an, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen⁸ und das als Teil des Rahmenübereinkommens verabschiedete Übereinkommen von Paris die zentralen internationalen zwischenstaatlichen Foren für Verhandlungen über die globale Antwort auf den Klimawandel sind. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, durch die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen gefährdet sind. Wir erkennen an, wie wichtig die Erreichung des im Übereinkommen von Paris geforderten langfristigen Temperaturziels ist, nämlich dass der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde. Wir legen den Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris eindringlich nahe, ehrgeizige national festgelegte Beiträge in einer Weise zu übermitteln oder zu aktualisieren, die die Eindeutigkeit, Transparenz und Verständlichkeit im Vorfeld der sechsundzwanzigsten Konferenz der Vertragsparteien im November 2021 in Glasgow erleichtert, wo-

⁷ A/CONF.216/5, Anlage.

⁸ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1771, Nr. 30822. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 1993 II S. 1783; LGBL 1995 Nr. 118; öBGBL Nr. 414/1994; AS 1994 1052.

bei wir darauf hinweisen, dass nach Artikel 4 Absatz 3 des Übereinkommens jeder nachfolgende national festgelegte Beitrag einer Vertragspartei eine Steigerung gegenüber ihrem zum fraglichen Zeitpunkt geltenden national festgelegten Beitrag darstellen und ihre größtmögliche Ambition ausdrücken wird. Wir weisen ferner auf das Übereinkommen von Paris hin, das nach seinem Artikel 2 Absatz 2 als Ausdruck der Gerechtigkeit und des Grundsatzes der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten durchgeführt wird. Wir ermutigen die Parteien, auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse langfristige Strategien für eine hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung auszuarbeiten und zu übermitteln. Wir fordern die Länder nachdrücklich auf, nachhaltige, inklusive und klimagerechte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Krise zu ergreifen, die ein wichtiges Element einer nachhaltigen Wachstumsstrategie und eine unmittelbare Investition in klimaresiliente, inklusive und gerechte Übergangsprozesse darstellen und den nationalen Gegebenheiten, Bedürfnissen und Prioritäten der Länder entsprechen. Wir unterstreichen die dringende Notwendigkeit, die Anpassungsfähigkeit und Resilienz gegenüber Klimaänderungen und extremen Wetterereignissen zu erhöhen und die Anfälligkeit dafür zu verringern. Dazu gehört auch, dass wir uns weiter für die Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen einsetzen und die Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Anpassung und Katastrophenvorsorge, verstärken. Wir betonen, wie wichtig es ist, Umsetzungsmittel aus allen Quellen zu mobilisieren, und unterstreichen in dieser Hinsicht, dass sich die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens, die entwickelte Länder sind, verpflichtet haben, bis 2020 und zwischen 2020 und 2025 gemeinsam jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus einer Vielzahl von Quellen aufzubringen, um im Kontext sinnvoller Klimaschutzmaßnahmen und einer transparenten Umsetzung den Bedürfnissen der Entwicklungsländer zu entsprechen. Wir erinnern daran, dass bei der Bereitstellung von Finanzmitteln ein Gleichgewicht zwischen Anpassung und Minderung angestrebt werden soll, und betonen, dass die Mobilisierung von Mitteln der Klimafinanzierung eine Steigerung gegenüber den bisherigen Bemühungen darstellen soll. Wir verpflichten uns erneut, die Finanzmittelflüsse mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung in Einklang zu bringen. Wir bekräftigen unser starkes und unerschütterliches Engagement dafür, die Durchführung des Übereinkommens von Paris zu verstärken und die noch offenen Fragen des Arbeitsprogramms des Übereinkommens von Paris durch Zusammenarbeit zum Abschluss zu bringen. Außerdem unterstreichen wir, dass ein Transfer umweltverträglicher Technologien an Entwicklungsländer zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen stattfinden muss.

21. Die Welt ist immer noch weit davon entfernt, das Ziel friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften und leistungsfähiger, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen zu erfüllen oder eine Entscheidungsfindung auf allen Ebenen herbeizuführen, die bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist. Wir verpflichten uns, bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich zu verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte zu verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität zu bekämpfen. Sind Korruption, Bestechung, Geldwäsche, gestohlene Vermögenswerte und Erträge aus Straftaten weit verbreitet und massiv, erhöhen sie Ungleichheit und Armut, untergraben eine gute Amtsführung und führen zur Destabilisierung von Gesellschaften. Wir verpflichten uns, die konzertierten weltweiten Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität zu intensivieren, indem wir die Strafjustizsysteme wirksamer, rechenschaftspflichtiger, transparenter, inklusiver und reaktionsfähiger machen und die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen erleichtern und stärken. Manche Risiken, beispielsweise Korruption, wurden durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und die Umsetzung von Konjunkturpaketen noch verschärft. Die Fortschritte in

den Bereichen Frieden, Sicherheit, Konfliktverhütung und -bewältigung werden zurückgeworfen, da die pandemiebedingten Schocks die Anfälligkeit von Ländern in Konflikt- und Postkonfliktsituationen noch weiter verstärkt haben. Durch die Pandemie sind konzertierte Maßnahmen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, globale Zusammenarbeit, Frieden und Solidarität, die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene, der gleichberechtigte Zugang zur Justiz für alle, eine ordnungsgemäße Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten und öffentlichen Eigentums, eine gute Amtsführung, die Verfolgung des Ziels, niemanden zurückzulassen, insbesondere angesichts des anhaltenden Trends zur Digitalisierung der Institutionen, sowie die Förderung und Durchsetzung nichtdiskriminierender Rechtsvorschriften und Politiken für nachhaltige Entwicklung noch notwendiger geworden. Um eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen und Resilienz zu erhöhen, bedarf es neben langfristigem Engagement auch der Schaffung wirksamer, rechenschaftspflichtiger und transparenter Institutionen auf allen Ebenen, auf der Grundlage einer reaktionsfähigen, inklusiven, partizipativen und repräsentativen Entscheidungsfindung für eine nachhaltige Entwicklung und des Bekenntnisses zu friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaften, die auf der Achtung der Menschenrechte und dem gleichen Zugang zur Justiz gründen, unter anderem durch die Förderung und Durchsetzung nichtdiskriminierender Rechtsvorschriften und Politiken. Inklusivität und Gerechtigkeit bei der Bereitstellung und Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen, darunter Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialdienste, auch mittels digitaler Zusammenarbeit, sind entscheidend dafür, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung zu stärken. Wir unterstreichen, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Kommission für Friedenskonsolidierung ist, um Möglichkeiten für die koordinierte und kohärente Unterstützung von Maßnahmen zu sondieren, die unter nationaler Führung unternommen werden, um die Bedürfnisse konfliktbetroffener Länder in den Bereichen Entwicklung und Friedenskonsolidierung zu befriedigen. Wir bekräftigen ferner, dass eine ausreichende, berechenbare und dauerhafte Finanzierung für die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung unverzichtbar ist. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, unter anderem durch internationale Zusammenarbeit die zuständigen nationalen Institutionen zu stärken und auf allen Ebenen Kapazitäten aufzubauen, insbesondere in den Entwicklungsländern. Dies trägt auch zur Gewaltprävention und zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität bei. In dieser Hinsicht verweisen wir auf die Erklärung von Kyoto über die Förderung der Verbrechensverhütung, der Strafrechtspflege und der Rechtsstaatlichkeit: Auf dem Weg zur Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die auf dem Vierzehnten Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege angenommen wurde⁹.

22. Wir verpflichten uns, auf der Grundlage eines gesamtstaatlichen Ansatzes, regionaler und lokaler Mobilisierung und Maßnahmen und der konstruktiven Teilhabe und Mitwirkung der Gemeinwesen, der Menschen, der Zivilgesellschaft, Freiwilliger, der Hochschulen und des Privatsektors das Engagement der Öffentlichkeit sowie innovative Partnerschaften zu fördern. Die Mobilisierung von Ressourcen ist für die Gesundheitssysteme und die sozio-ökonomische Erholung von entscheidender Bedeutung. Wir betonen in dieser Hinsicht, dass es weiterer Unterstützung seitens der entwickelten Länder bedarf, insbesondere was den Technologietransfer, die Kapazitätsaufbauhilfe und die Bereitstellung von Finanzierung an Entwicklungsländer betrifft. Wir verpflichten uns zu verstärkter Zusammenarbeit, um die digitale Kluft in und zwischen den Ländern zu schließen. Die Zusagen in Bezug auf die öffentliche Entwicklungshilfe müssen dringend erfüllt werden, da internationale öffentliche Finanzmittel für die Unterstützung einer nachhaltigen Überwindung der COVID-19-

⁹ [A/CONF.234/16](#), Kap. I, Resolution 1.

Pandemie unverzichtbar sind, wobei zu berücksichtigen ist, dass nationale und internationale Anstrengungen Hand in Hand gehen müssen und die Mobilisierung von Inlandseinnahmen durch Unterstützung aus allen Quellen ergänzt werden muss. Wir betonen, dass die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, notwendig ist, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Wir bekräftigen das Ergebnis des Forums des Rates über die Weiterverfolgung der Entwicklungsfinanzierung¹⁰. Wir begrüßen die Operationalisierung der Technologiebank für die am wenigsten entwickelten Länder und bitten die Mitgliedstaaten sowie die internationalen Organisationen, die Stiftungen und den Privatsektor, freiwillige finanzielle Beiträge und technische Hilfe bereitzustellen, um die vollständige und wirksame Verwirklichung der Technologiebank zu gewährleisten, und fordern das System der Vereinten Nationen und die anderen zuständigen internationalen und regionalen Organisationen nachdrücklich auf, die Tätigkeit der Technologiebank auf koordinierte Weise zu unterstützen und dabei die einschlägigen Bestimmungen der Übereinkommen über die Rechte des geistigen Eigentums zu achten.

23. Wir begrüßen die Überprüfung der Zielvorgaben für 2020 auf dem hochrangigen politischen Forum 2021, stellen mit Besorgnis fest, dass die für 2020 terminierten Zielvorgaben nicht vollständig erreicht wurden, und verpflichten uns, die Integrität der Agenda 2030 zu wahren und diese Zielvorgaben in einem beschleunigten Zeitrahmen zu erreichen, der die in der Agenda 2030 vermittelte Dringlichkeit widerspiegelt, wobei wir die damit zusammenhängenden laufenden zwischenstaatlichen Prozesse im Auge behalten und in vollem Umfang berücksichtigen, damit aktualisierte Zielvorgaben für 2030 gebührend ambitioniert sind.

24. Wir sind uns dessen bewusst, dass die ärmsten und schwächsten Menschen von der COVID-19-Krise am stärksten betroffen sind. Wir werden unsere Politiken und Maßnahmen schwerpunktmäßig auf diese Menschen ausrichten. Wir werden alles tun, um niemanden zurückzulassen und diejenigen, die am weitesten zurückliegen, zuerst zu erreichen. Zu denjenigen, deren Bedürfnissen in der Agenda 2030 Rechnung getragen wird, gehören alle Frauen, Kinder, Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit HIV/Aids, älteren Menschen, indigenen Völker, lokalen Gemeinschaften, Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Migrantinnen und Migranten. Wir werden außerdem darauf achten, dass die Nachhaltigkeitsziele und -vorgaben für alle Nationen und Völker und für alle Teile der Gesellschaft erfüllt werden. Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass viele Entwicklungsländer nicht in der Lage sind, den grundlegenden Bedarf im Sozialschutz-, Gesundheits- und humanitären Bereich zu decken, um die Pandemie und die dadurch verursachte Rezession zu überwinden.

25. Wir bekräftigen unser Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung aller Frauen und Mädchen und die volle Verwirklichung der Menschenrechte aller Frauen und Mädchen. Um inklusive, nachhaltige und resiliente Gesellschaften zu schaffen, fordern wir eine führende Rolle und die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an Entscheidungsprozessen bei der Gestaltung, Haushaltsplanung, Umsetzung und Überwachung der Politiken und Programme, die sich auf ihren Lebensunterhalt, ihr Wohl-

¹⁰ Siehe [E/FFDF/2021/3](#).

ergehen und ihre Resilienz auswirken, und wir erkennen an, dass ungleiche Geschlechterrollen, die sich in dem unverhältnismäßig hohen Anteil der Frauen an unbezahlter Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit widerspiegeln, Frauen in der Wirtschaft und in anderen Bereichen zurückhalten. Wir erklären erneut, dass der gleichberechtigte Zugang der Frauen zu Grund und Boden und natürlichen Ressourcen sowie ihre gleichberechtigte Verfügungsgewalt darüber dringend sichergestellt werden müssen. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, geschlechtsspezifische Gewalt, sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch, sexuelle Belästigung und schädliche Praktiken zu verhindern und zu bekämpfen. Mit unseren Bemühungen werden wir die Wechselbeziehungen zwischen Ziel 5 und den anderen Zielen für nachhaltige Entwicklung stärken. Die systematische Integration einer Geschlechterperspektive in die Umsetzung der Agenda 2030 ist von entscheidender Bedeutung. Die nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie müssen geschlechtergerecht sein, die Teilhabe und die Führungsverantwortung der Frauen vorsehen und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Frauen und Mädchen ohne Diskriminierung gewährleisten.

26. Wir sind uns der besonderen Herausforderungen und Bedürfnisse bewusst, die die am stärksten gefährdeten Länder, vor allem die afrikanischen Länder, die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer, sowie Länder in Konflikt- und Postkonfliktsituationen beim Streben nach einer nachhaltigen Entwicklung bewältigen beziehungsweise erfüllen müssen. Wir werden unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsstufen und der unverhältnismäßig starken Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Länder in besonderen Situationen und Länder, die sich besonderen Herausforderungen gegenübersehen, rasch Maßnahmen ergreifen, die diesen Ländern dabei helfen, die Auswirkungen der Pandemie anzugehen und sie auf nachhaltige, inklusive und tragfähige Weise zu überwinden, unter anderem durch die Finanzierung von Konjunkturmaßnahmen, die ihren individuellen Anfälligkeiten Rechnung tragen. Wir stellen fest, dass diese Ländergruppen bei der Bewältigung der durch die COVID-19-Pandemie entstandenen Mehrfachkrisen mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, darunter mit erheblichen Auswirkungen auf Handel, Tourismus, Finanzströme und Ernährungssicherheit sowie mit sozialen Auswirkungen. Wir nehmen Kenntnis von der umfassenden Studie über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder, die der Ausschuss für Entwicklungspolitik im April 2021 veröffentlicht hat, und fordern die Vereinten Nationen auf, die Auswirkungen der Pandemie auf das Aufrücken aus der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder weiter genau zu beobachten. Wir erwarten mit Interesse den Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution [75/215](#) der Generalversammlung, der auf der sechsundsiebzigsten Tagung der Generalversammlung veröffentlicht wird und unter anderem Informationen über die mögliche Entwicklung und Koordinierung der Arbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen an einem multidimensionalen Vulnerabilitätsindex für kleine Inselentwicklungsländer, auch über dessen mögliche Fertigstellung und Verwendung, enthalten soll.

27. Wir sind uns dessen bewusst, dass sich die Länder mit mittlerem Einkommen bei der Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung besonderen Herausforderungen gegenübersehen. Um sicherzustellen, dass das bisher Erreichte von Dauer ist, sollen die Bemühungen um die Bewältigung der bestehenden Herausforderungen durch Erfahrungsaustausch, Zugang zu Kooperation und Finanzierung, eine verbesserte Koordinierung und eine bessere und zielgerichtete Unterstützung seitens des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen, der internationalen Finanzinstitutionen, der Regionalorganisationen und anderer maßgeblicher Interessenträger gestärkt werden. Es erfüllt uns mit Sorge, dass 80 Prozent der neuen Armen in Ländern mit mittlerem Einkommen leben, und unterstreichen, dass die Armut in

diesen Ländern mit entsprechenden Maßnahmen und anhaltender internationaler Unterstützung beseitigt werden muss.

28. Wir sind uns der dramatischen Folgen von COVID-19 für alle Aspekte des Weltrogenproblems bewusst und betonen, dass die Bewältigung und Bekämpfung des Weltrogenproblems koordinierte disziplinübergreifende Anstrengungen erfordert, die in der Zeit nach der Pandemie oberste Priorität haben sollen. In dieser Hinsicht verweisen wir auf die Erklärung der Suchtstoffkommission zu den Auswirkungen der Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) auf die Umsetzung der gemeinsamen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Bewältigung und Bekämpfung aller Aspekte des Weltrogenproblems¹¹.

29. Wir sind uns dessen bewusst, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht ohne Frieden und Sicherheit verwirklicht werden kann und dass Frieden und Sicherheit ohne eine nachhaltige Entwicklung bedroht sind. Die Agenda 2030 trägt der Notwendigkeit Rechnung, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen, die gleichen Zugang zur Justiz gewährleisten und die auf der Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, wirksamer Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung auf allen Ebenen sowie auf transparenten, leistungsfähigen und rechenschaftspflichtigen Institutionen gründen. Die Agenda 2030 berücksichtigt die Faktoren, die Gewalt, Unsicherheit und Ungerechtigkeit schüren, wie etwa Ungleichheit, Korruption, schlechte Regierungsführung und illegale Finanz- und Waffenströme. Wir müssen unsere Anstrengungen zur Beilegung oder Verhütung von Konflikten und zur Unterstützung von Postkonfliktländern verstärken und dabei unter anderem sicherstellen, dass Frauen in der Friedenskonsolidierung und Staatsbildung eine Rolle übernehmen. Wir fordern, dass weitere wirksame Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht ergriffen werden, um die Hindernisse für die volle Verwirklichung des Rechts der unter kolonialer und ausländischer Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung zu beseitigen, die ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie ihre Umwelt weiterhin beeinträchtigen.

30. Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bekräftigen wir erneut die Notwendigkeit, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Staaten zu achten.

31. Wir bekräftigen, wie wichtig es ist, eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen zu ermöglichen, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik. Wir verpflichten uns erneut, auf internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, um eine sichere, geordnete und reguläre Migration zu gewährleisten, bei der die Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden und Migrantinnen und Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus eine humane Behandlung erfahren, die Herkunfts-, Transit- und Zielländer im Geiste der internationalen Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten zu unterstützen. In dieser Hinsicht anerkennen wir die positiven Beiträge, die Migrantinnen und Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung in ihren Herkunfts-, Transit- und Zielländern sowie zur Bekämpfung und Überwindung der COVID-19-Pandemie leisten. Wir nehmen Kenntnis von den nationalen politischen Maßnahmen und bewährten Verfahren zur Erleichterung einer sicheren, geordneten und regulären Migration sowie von dem Beschluss, im Jahr 2022 die erste offizielle Tagung des Überprüfungsforums Internationale Migration unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung einzuberufen.

¹¹ *Official Records of the Economic and Social Council, 2021, Supplement No. 8 (E/2021/28), Kap. I, Abschn. B, Resolution 64/1.*

32. Wir bitten die internationale Gemeinschaft und alle maßgeblichen Interessenträger, unbeschadet der laufenden Unterstützung zusammenzuarbeiten und Ressourcen und Fachwissen zu mobilisieren, unter anderem durch finanzielle Unterstützung und Sachleistungen sowie durch Direkthilfe für die Aufnahmeländer, die Flüchtlingsbevölkerung und die Herkunftsländer der Flüchtlinge, um im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und unter uneingeschränkter Achtung der humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Unparteilichkeit humanitärer Maßnahmen die Kapazitäten der Länder und Gemeinschaften, Flüchtlinge und Vertriebene aufnehmen, auszubauen und die schwere Last, die sie tragen, zu verringern.

33. In Anbetracht dessen, dass die Agenda 2030 auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte¹² und internationalen Menschenrechtsverträgen gründet, betonen wir, dass der universelle Schutz und die universelle Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und der Menschenwürde sowie Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Nichtdiskriminierung von zentraler Bedeutung für unsere Verpflichtung sind, niemanden zurückzulassen. Zu unseren Verpflichtungen gehören auch der Respekt für Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Ethnizität und für kulturelle Vielfalt sowie das Bekenntnis zu Chancengleichheit und einer gerechten, gleichberechtigten, toleranten, offenen, kreativen und sozial inklusiven Welt, in der die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen erfüllt werden. Wir werden danach streben, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für ältere Menschen zu fördern und zu gewährleisten.

34. Wir erkennen an, dass der Aufbau nachhaltiger, inklusiver, gerechter und resilienter Gesellschaften damit beginnen muss, in alle Kinder und Jugendlichen zu investieren, ihre Rechte zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie von frühester Kindheit an in einem sicheren und gesunden Umfeld aufwachsen, das frei von Armut, Hunger und allen Formen von Gewalt, Vernachlässigung, Mobbing, Missbrauch und Ausbeutung ist, und zwar sowohl im physischen als auch im digitalen Kontext, sowie alle schädlichen Praktiken, darunter Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat und die Verstümmelung weiblicher Genitalien, zu beseitigen und dabei den von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir betonen, wie wichtig es ist, als unverzichtbare Akteure des Wandels und Fackelträger der Agenda 2030 für die heutigen und die kommenden Generationen die Teilhabe von Kindern, Heranwachsenden und jungen Menschen, insbesondere derjenigen in prekären Situationen, an der Umsetzung, Weiterverfolgung und Überprüfung der Agenda 2030 anzuregen und zu unterstützen und sie durch Informationen, Wissen und Bewusstseinsförderung in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung zur Selbstbestimmung zu befähigen. Wir verpflichten uns darauf, die Jugend in die Entwicklung und Bewertung von Strategien und Programmen einzubeziehen, die ihren spezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen und sicherstellen sollen, dass die Bildung, die berufliche Qualifizierung und eine menschenwürdige Beschäftigung junger Menschen Vorrang haben. Außerdem stellen wir mit Besorgnis fest, dass Schulschließungen Bildungserfolge zunichte gemacht haben, und verpflichten uns zum verstärkten Einsatz von Nachhilfe- und Aufholstrategien, um Lernverluste zu verringern und sicherzustellen, dass für Jugendliche, die nicht zur Schule gehen, und für Erwachsene, die weder lesen noch schreiben können, hochwertige außerschulische Bildungs- und Lernprogramme angeboten werden.

¹² Resolution 217 A (III) der Generalversammlung. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

35. Wir sind besorgt darüber, dass die COVID-19-Pandemie das normale Funktionieren der offenen Märkte, die Vernetzung der weltweiten Versorgungsketten und den Strom lebensnotwendiger Güter unterbrochen hat und dass diese Unterbrechungen den Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit behindern und letztlich die Anstrengungen zur Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung untergraben. Insbesondere Entwicklungsländer sind stark davon betroffen. Wir werden dafür sorgen, dass alle handelsbezogenen Notmaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zielgerichtet, verhältnismäßig, transparent und zeitlich begrenzt sind, dass sie die schwächsten Menschen schützen und weder dauerhafte Handelshemmnisse schaffen noch Unterbrechungen der globalen Versorgungsketten verursachen und dass sie mit den Regeln der Welthandelsorganisation im Einklang stehen. Wir bekräftigen die entscheidende Bedeutung vernetzter weltweiter Versorgungsketten für die Gewährleistung des ungehinderten grenzüberschreitenden Flusses lebenswichtiger medizinischer Versorgungsgüter und Nahrungsmittel sowie anderer Grundbedarfsgüter und grundlegender Dienstleistungen auf dem Luft-, Land- und Seeweg. Wir ermutigen zur Zusammenarbeit, um den grenzüberschreitenden Reiseverkehr zu systemerhaltenden Zwecken zu erleichtern, ohne die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus zu untergraben. Wir sind uns dessen bewusst, dass der illegale Handel im Zuge der Pandemie zugenommen hat, und erkennen die Maßnahmen an, die die Länder zu dessen Bekämpfung ergreifen. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die Handelsfinanzierung und handels erleichternde Maßnahmen für die Entwicklungsländer sowie die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus (Handelshilfe) auszuweiten. Wir werden auch künftig ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern.

36. Wir stellen mit Besorgnis fest, dass keine der bis 2020 zu erreichenden biodiversitätsbezogenen Zielvorgaben erreicht worden ist. Wir legen den Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt¹³ eindringlich nahe, die drei Ziele des Übereinkommens beschleunigt zu verfolgen. Wir fordern ambitioniertere Ziele und dringlicheres Handeln zum Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen und anderer lebender Arten, eine Abkehr von der Umweltzerstörung, indem Ökosysteme saniert, der Verlust an biologischer Vielfalt und die Entwaldung aufgehalten, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gefördert, Wüstenbildung, Dürren, Bodendegradation, Sand- und Staubstürme bekämpft und Chemikalien und Abfälle sachgerecht behandelt werden, sowie eine stärkere weltweite Unterstützung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Wilderei und des illegalen Handels mit geschützten Arten, unter anderem durch die Beendigung des illegalen Handels mit wildlebenden Tieren und Pflanzen und ihres nicht nachhaltigen Konsums. Wir erklären erneut, dass es unerlässlich ist, die Ozeane, Meere und Meeresressourcen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen und zu diesem Zweck unter anderem gegen die Entsorgung von Plastikmüll und anderen Abfällen in den Ozeanen vorzugehen, Meeresverschmutzung jeder Art deutlich zu verringern und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zu gewährleisten. Wir erkennen an, wie wichtig es ist, in naturnahe Lösungen oder ökosystembasierte Ansätze zu investieren und erheblich mehr Finanzmittel aus allen Quellen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme zu mobilisieren. Diese Maßnahmen müssen fester Bestandteil der Strategien zur Überwindung der COVID-19-Pandemie sein. Wir erkennen die Interdependenz der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und Ökosystemen an und unterstreichen in dieser Hinsicht die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes, der das Zusammenwirken der Sektoren Umweltschutz und Gesundheit von Menschen, Tieren und

¹³ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1760, Nr. 30619. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1993 II S. 1741; LGBI. 1998 Nr. 39; öBGBI. Nr. 213/1995; AS 1995 1408.

Pflanzen im Einklang mit der Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung fördert, eingedenk der Notwendigkeit, auf der bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Weltgesundheitsorganisation, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Weltorganisation für Tiergesundheit und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen aufzubauen und sie zu verstärken, und unter Hinweis auf Resolution 3/4 der Umweltversammlung der Vereinten Nationen¹⁴ und Resolution 74.7 der Weltgesundheitsversammlung¹⁵. Wir betonen, dass die Zusammenhänge zwischen biologischer Vielfalt und Gesundheit ganzheitlich betrachtet werden sollen, um in der Zukunft Pandemien zu verhindern beziehungsweise abzuschwächen. Wir werden einen kohärenten Ansatz zur Bekämpfung des Verlusts an biologischer Vielfalt, des Klimawandels und der Degradation von Land- und Meeresökosystemen auf allen Ebenen fördern. In dieser Hinsicht erinnern wir an die auf der vierzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt angenommene Initiative. Wir bekräftigen, dass Handeln geboten ist, was nur durch ein ausgewogenes Eingehen auf die drei Ziele des Übereinkommens über die biologische Vielfalt erreicht werden kann. Wir legen den Vertragsparteien des Übereinkommens eindringlich nahe, sich auf die Verwirklichung der Aichi-Biodiversitätsziele¹⁶ zu verpflichten, unter anderem gegebenenfalls durch die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz der Vertragsparteien und der Protokolle von Cartagena¹⁷ und Nagoya¹⁸ sowie durch die Bereitstellung und Mobilisierung internationaler und nationaler Ressourcen, um so zur Umsetzung der Agenda 2030 beizutragen. In dieser Hinsicht stellen wir fest, dass Anreize, einschließlich Subventionen, die der biologischen Vielfalt abträglich sind, beseitigt, schrittweise abgeschafft oder reformiert werden müssen, um negative Auswirkungen zu minimieren oder zu vermeiden, und dass positive Anreize für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt geschaffen und eingesetzt werden müssen, im Einklang mit und entsprechend dem Übereinkommen und anderen einschlägigen internationalen Verpflichtungen und unter Berücksichtigung der nationalen sozioökonomischen Gegebenheiten. Wir erwarten mit Interesse, dass auf der fünfzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, die in Kunming (China) stattfinden wird, ein globaler Rahmen für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 verabschiedet wird, der die Weltgemeinschaft auf den Weg zur Verwirklichung der Vision 2050 für die biologische Vielfalt, „In Harmonie mit der Natur leben“, bringt.

37. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu den Maßnahmen, die in der auf dem Gipfeltreffen 2019 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung angenommenen politischen Erklärung¹⁹ und in den früheren Ministerialerklärungen des hochrangigen politischen Forums dargelegt sind, und erkennen an, dass die von allen Beteiligten auf allen Ebenen ergriffenen Maßnah-

¹⁴ [UNEP/EA.3/Res.4](#).

¹⁵ World Health Organization, Dokument WHA74.7.

¹⁶ Siehe United Nations Environment Programme, Dokument [UNEP/CBD/COP/10/27](#), Anhang, Beschluss X/2, Anlage. Aichi-Biodiversitätsziele in deutscher Übersetzung verfügbar unter [https://biodiv.de/biodiversitaet-infos/konvention-ueber-die-biologische-vielfalt/aichi-biodiversitaets-ziele-2020.html#:~:text=Die%20Ziele%20beinhalten%20z.B.%20die,der%20C3%9Cberfischung%20\(Ziel%206\)](https://biodiv.de/biodiversitaet-infos/konvention-ueber-die-biologische-vielfalt/aichi-biodiversitaets-ziele-2020.html#:~:text=Die%20Ziele%20beinhalten%20z.B.%20die,der%20C3%9Cberfischung%20(Ziel%206).).

¹⁷ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2226, Nr. 30619. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2003 II S. 1506; öBGBI. III Nr. 94/2003; AS 2004 579.

¹⁸ Siehe United Nations Environment Programme, Dokument [UNEP/CBD/COP/10/27](#), Anhang, Beschluss X/1. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2015 II S. 1481; öBGBI. III Nr. 135/2018; AS 2014 3141.

¹⁹ Resolution [74/4](#) der Generalversammlung, Anlage.

men dringend beschleunigt werden müssen, auch im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung und Überwindung der COVID-19-Pandemie, um die Vision und die Ziele der Agenda 2030 zu verwirklichen. Außerdem ermutigen wir alle Länder, die wichtigsten Ergebnisse der freiwilligen nationalen Überprüfungen zu nutzen, um die Umsetzung und Beschleunigung von Maßnahmen im Rahmen der Dekade des Handelns und der Erfolge zu unterstützen. Wir unterstreichen, dass es konzentrierter Maßnahmen bedarf, um die Synergien zwischen den Ergebnissen aller großen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich zu nutzen und zu verstärken.

38. Wir werden stärker darauf hinarbeiten, auf allen Ebenen wirksame, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Entscheidungsfindung bedarfsorientierter, inklusiver, partizipatorischer und repräsentativer ist. Wir werden mit Hilfe eines ressortübergreifenden Ansatzes, der einen tiefgreifenden Wandel in der Regierungs- und Verwaltungsführung und der Regelung öffentlicher Belange bewirken und die Politikkohärenz im Bereich der nachhaltigen Entwicklung gewährleisten kann, dafür sorgen, dass die inländischen Institutionen besser in der Lage sind, den Wechselwirkungen, Synergieeffekten und Zielkonflikten zwischen den Zielen und Vorgaben Rechnung zu tragen. Wir setzen uns für die Stärkung der Frauen und ihre volle, gleichberechtigte und konstruktive Teilhabe an der Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung nationaler Strategien für nachhaltige Entwicklung und an der Berichterstattung darüber ein. Wir verpflichten uns, die lokalen Behörden und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger und Gemeinschafts- und lokalen Organisationen einzubinden und zu befähigen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung eigenverantwortlich umzusetzen und die nationalen Entwicklungsprioritäten zu gestalten und den örtlichen Gegebenheiten anzupassen, und stellen in dieser Hinsicht fest, dass freiwillige lokale Überprüfungen ein nützliches Instrument sind, um Fortschritte aufzuzeigen und einen Austausch bei der lokalen Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

39. Wir sind entschlossen, die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge 2015-2030²⁰ zu beschleunigen. Wir befürworten umfassende Strategien zur Aufstockung der Finanzmittel aus allen Quellen für die Katastrophenvorsorge, unter anderem durch die Verankerung der Katastrophenvorsorge in den öffentlichen und privaten Investitionen in allen Sektoren und durch vorausschauende Maßnahmen und prognosegestützte Finanzierung. Wir werden Wiederherstellungsmaßnahmen Vorrang einräumen, die die Entstehung neuer Risiken verhindern, bestehende Risiken mindern und Resilienz gegenüber künftigen Schocks, Krisen und Pandemien aufbauen. Wir werden in die Verringerung der Gefahrenexposition und der Katastrophenanfälligkeit investieren, die Institutionen der gefahrenübergreifenden Katastrophenvorsorge auf allen Ebenen und in allen Sektoren verbessern sowie Informations- und Kommunikationsnetze, eine krisenfeste Infrastruktur, Frühwarnsysteme und eine faktengestützte Politikgestaltung stärken. Wir erkennen an, dass der Sendai-Rahmen, einschließlich seiner Kernbestimmung über einen „besseren Wiederaufbau“, Leitlinien enthält, die für eine nachhaltige Überwindung der COVID-19-Pandemie sowie für eine systemische Ermittlung und Bekämpfung der Triebkräfte von Katastrophenrisiken von Bedeutung sind. Wir sind uns außerdem der Gesundheitsaspekte des Sendai-Rahmens bewusst und heben die Notwendigkeit resilienter Gesundheitssysteme hervor.

40. Wir werden auch weiterhin die Schnittstelle Wissenschaft-Politik durch eine fakten-gestützte Politikgestaltung und die Unterstützung von Forschung und Entwicklung stärken,

²⁰ Resolution [69/283](#) der Generalversammlung, Anlage II.

insbesondere Wissenschaft, Technologie und Innovationen nutzen, den freiwilligen Technologietransfer zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen fördern und Technologien zum Einsatz bringen, um eine inklusive digitale Wirtschaft und Vernetzung zu fördern und sektorübergreifend Resilienz aufzubauen. Wir verpflichten uns zur Erweiterung und Förderung von Initiativen für Kapazitätsaufbau, Infrastruktur, Vernetzung und technische Hilfe im digitalen Bereich sowie von Innovationen und Technologien zur Förderung der Nachhaltigkeitsziele und -vorgaben, mit besonderem Schwerpunkt auf den Entwicklungsländern. Wir befürworten die internationale Zusammenarbeit für den Aufbau von Statistikkapazitäten und den Datenzugang in den Entwicklungsländern, insbesondere in den besonders gefährdeten Ländern, die bei der Erzeugung, Erhebung, Analyse und Verwendung hochwertiger, zeitnaher, zuverlässiger und aufgeschlüsselter Daten und Statistiken vor den größten Herausforderungen stehen. Wir sind uns dessen bewusst, dass neue Technologien und ihre Anwendungen, beispielsweise künstliche Intelligenz, Massendaten und Blockchain, die Produktion und die Wirtschaft zweifellos verändern werden, und unterstreichen die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Überbrückung der digitalen Kluft zu ergreifen, um sicherzustellen, dass dieser Wandel die Ungleichheiten zwischen den Ländern verringern wird. Wir würdigen diejenigen Menschen in aller Welt, die mit ihrer Arbeit in Wissenschaft, Technologie und Innovation Wege aus der Pandemie schaffen, weisen aber auch darauf hin, dass bei den Kapazitäten und Erfahrungen der einzelnen Länder offenkundig Ungleichheiten bestehen. Wir erkennen die Erkenntnisse an, die der Mechanismus zur Technologieförderung und das Multi-Akteur-Forum für Wissenschaft, Technologie und Innovation zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung aus den Erfahrungen mit der Pandemie gewonnen haben, um Wissenschaft, Technologie und Innovation besser in den Dienst der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu stellen, unter anderem durch verbesserte internationale Zusammenarbeit, und die auf dem nächsten hochrangigen politischen Forum erörtert werden sollen. Wir nehmen Kenntnis von dem Fahrplan des Generalsekretärs für digitale Zusammenarbeit. Außerdem betonen wir, wie wichtig es ist, eine wirksame digitale Barrierefreiheit zu fördern, digitale Kompetenzen und Medien- und Informationskompetenz erschwinglicher zu machen und Kurse zur Unterstützung von Datenverarbeitung, -übertragung und -speicherung anzubieten, und unterstreichen, dass die gleichen Menschenrechte, die Menschen offline haben, auch online geschützt werden müssen. Darüber hinaus müssen wir in der Öffentlichkeit Vertrauen in die Wissenschaft und die amtliche Statistik schaffen. Ferner begrüßen wir die Abhaltung des sechsten Multi-Akteur-Forums für Wissenschaft, Technologie und Innovation zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung und nehmen Kenntnis von den dort abgegebenen Empfehlungen²¹.

41. Wir stellen fest, dass zahlreiche proprietäre und nicht-proprietäre Technologien, die einen Beitrag zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung leisten können, über verschiedene frei zugängliche Quellen verfügbar sind. Wir nehmen davon Kenntnis, dass die Vereinten Nationen 2020 gemäß Ziffer 123 der Aktionsagenda von Addis Abeba²² und Ziffer 70 der Agenda 2030 betreffend die Entwicklung und Operationalisierung einer Online-Plattform im Rahmen des Mechanismus zur Technologieförderung, die eine umfassende Kartierung von Informationen über die bestehenden Initiativen, Mechanismen und Programme im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation inner- und außerhalb der Vereinten Nationen vornehmen und als Zugangsportale zu diesen Informationen fungieren soll, die Online-Plattform 2030 Connect ins Leben gerufen haben.

²¹ Siehe [E/HLPF/2021/6](#).

²² Resolution [69/313](#) der Generalversammlung, Anlage.

42. Wir verpflichten uns, multilaterale Lösungen anzustreben, die von globaler Solidarität bei der Bekämpfung der Pandemie und der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung geleitet sind, darunter ein gerechterer weltweiter Zugang zu Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika für alle Länder und Völker. Wir gewähren dem Kooperationsrahmen ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) und seiner COVAX-Fazilität, einschließlich der Rolle der COVAX-Kontaktgruppe für verbindliche Abnahmezusagen, sowie allen sonstigen einschlägigen Initiativen zur beschleunigten Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Diagnostika, -Therapeutika und -Impfstoffen und zum gleichberechtigten Zugang dazu unsere uneingeschränkte Unterstützung. Wir lassen uns weiter von der Aktionsagenda von Addis Abeba und den vereinbarten Schlussfolgerungen des Forums des Rates über die Weiterverfolgung der Entwicklungsfinanzierung leiten, um Ressourcen zur Unterstützung der Bekämpfung von COVID-19 zu mobilisieren und die Finanzierungslücke für die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Kooperationsrahmen ACT-A zu schließen. Integrierte nationale Finanzierungsrahmen können bei der Unterstützung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, die von den Ländern selbst getragen werden, eine positive Rolle spielen. Wir fordern die Regierungen, die internationalen Finanzinstitutionen, den Privatsektor und andere Akteure auf, sich verstärkt um die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 zu bemühen und in die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Kooperationsrahmen ACT-A zu investieren. Wir betonen, dass die öffentliche Entwicklungshilfe für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung entscheidend und unverzichtbar ist.

43. Wir legen den entwickelten Ländern eindringlich nahe, ihre bestehenden Zusagen auf dem Gebiet der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber den Entwicklungsländern zu erfüllen und diese Anstrengungen so auszuweiten, dass sie bei der Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen eine konstruktive Rolle spielen, und unter anderem die Zusage vieler entwickelter Länder, den Zielwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe sowie den Zielwert von 0,15 bis 0,20 Prozent für die am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen. Alle Entwicklungspartner sollten ihre Unterstützung an den Prioritäten der Empfängerländer ausrichten, die in den nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer festgelegt sind.

44. Wir werden auch weiterhin offene, inklusive und transparente Erörterungen über die Modernisierung der Messung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und über die vorgeschlagene Messgröße der „öffentlichen Gesamtleistung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung“ führen und bekräftigen, dass eine solche Messgröße keine Verwässerung der bereits eingegangenen Zusagen bedeuten wird. Wir begrüßen die fortgesetzten Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität, Wirksamkeit und Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit und der anderen internationalen Anstrengungen auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzierung.

45. Wir anerkennen die Bedeutung transparenter Steuersysteme für die Bekämpfung der Ungleichheit und verpflichten uns erneut darauf, die Kapazitäten der Verwaltung der öffentlichen Einnahmen durch modernisierte, progressive Steuersysteme im Einklang mit der Aktionsagenda von Addis Abeba zu stärken. Wir erkennen an, dass bei jeder Prüfung steuerlicher Maßnahmen als Reaktion auf die digitale Wirtschaft deren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer sorgfältig analysiert werden sollen, wobei ihre Beiträge und insbesondere ihre speziellen Bedürfnisse und Kapazitäten zu berücksichtigen sind. Wir fordern die Vereinten Nationen und alle anderen zuständigen internationalen Organisationen auf, die Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, beim Aufbau politischer und administrativer Ka-

pazitäten für eine wirksame und effiziente Besteuerung der digitalen Wirtschaft zu unterstützen. Wir nehmen von der Kapazitätsaufbauhilfe und der sonstigen Arbeit der Vereinten Nationen zu Steuerpolitik und -verwaltung und zur Verwaltung von Vermögensgegenständen im Infrastrukturbereich zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung Kenntnis.

46. Wir bringen unsere tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die am wenigsten entwickelten Länder und andere Entwicklungsländer umfangreichere Umsetzungsmittel benötigen, um die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung der COVID-19-Pandemie zu unterstützen. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, den am wenigsten entwickelten Ländern, den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselentwicklungsländern Unterstützung zu leisten, unter anderem bei der Finanzierung von Konjunkturmaßnahmen, die ihre besonderen Strukturschwächen berücksichtigen, als Anstoß zur vollständigen Durchführung des Aktionsprogramms von Istanbul für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2011-2020²³, des Wiener Aktionsprogramms für die Binnenentwicklungsländer für die Dekade 2014-2024²⁴ und der Beschleunigten Aktionsmodalitäten für die kleinen Inselentwicklungsländer (Samoa-Pfad)²⁵ sowie zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und zugunsten einer nachhaltigen, inklusiven und tragfähigen Erholung. Wir sehen mit Interesse einer erfolgreichen Abhaltung der Fünften Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder vom 23. bis 27. Januar 2022 in Doha (Katar) auf möglichst hoher Ebene, einschließlich Staats- und Regierungsoberhäuptern, entgegen.

47. Wir begrüßen die Initiative der Gruppe der 20 zur Aussetzung des Schuldendienstes und deren Verlängerung sowie die dank der Initiative erzielten Fortschritte bei der Ermöglichung höherer Ausgaben im Zusammenhang mit der Pandemie. Alle bilateralen öffentlichen Gläubiger sollen diese Initiative vollständig und auf transparente Weise durchführen. Wir betonen, dass eine stärkere Beteiligung und Teilhabe privater Gläubiger an der Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes dringend empfohlen wird. Wir begrüßen außerdem den auch vom Pariser Club unterstützten Gemeinsamen Rahmen der Gruppe der 20 zum Umgang mit Schulden über die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes hinaus, der das Ziel verfolgt, unter breiter Beteiligung der Gläubiger, einschließlich des Privatsektors, einen rechtzeitigen und geregelten Umgang mit den Schulden der Länder, die im Rahmen der Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes zugangsberechtigt sind, zu erleichtern. Wir begrüßen die laufenden Anstrengungen zur Anwendung des Gemeinsamen Rahmens zum Umgang mit Schulden über die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes hinaus, um verschuldungsbedingten Gefahrenlagen im Einzelfall zu begegnen. Ein entsprechender Umgang mit Schulden könnte es den Ländern ermöglichen, sich wieder auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Ziele des Übereinkommens von Paris zu konzentrieren. Wir begrüßen den Aufruf der Gruppe der 20 an den Internationalen Währungsfonds, einen umfassenden Vorschlag für eine neue allgemeine Zuteilung von Sonderziehungsrechten in Höhe von 650 Milliarden US-Dollar zu unterbreiten, um den langfristigen weltweiten Bedarf an zusätzlichen Reserveinstrumenten zu decken. Wir begrüßen ferner den Aufruf an den Internationalen Währungsfonds, Möglichkeiten zu prüfen, wie seine Mitglieder Sonderziehungsrechte freiwillig so leiten können, dass sie anfälligen Ländern zugutekommen.

²³ *Report of the Fourth United Nations Conference on the Least Developed Countries, Istanbul, Turkey, 9-13 May 2011 (A/CONF.219/7)*, Kap. II.

²⁴ Resolution 69/137 der Generalversammlung, Anlage II.

²⁵ Resolution 69/15 der Generalversammlung, Anlage.

48. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Infrastruktur die Erreichung der Ziele beeinflusst. Investitionen in eine hochwertige, zuverlässige, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur sind für die Überwindung der COVID-19-Pandemie und die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension unverzichtbar. Viele Entwicklungsländer benötigen Unterstützung bei der Projektfindung und -entwicklung sowie bei der Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen. Die Investitionen des Privatsektors können und müssen erheblich gesteigert werden, insbesondere in Bereichen wie Energie, Kommunikation, Verkehr und Technologie. Wir erkennen die wichtige Rolle an, die das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen, die Weltbank und andere multilaterale Institutionen bei der Schließung der Kapazitäts- und Finanzierungslücken bei Investitionen in eine hochwertige, zuverlässige, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur spielen, indem sie über bestehende Initiativen, insbesondere in Entwicklungsländern, tätig werden. Wir sind uns dessen bewusst, dass auf dem Markt Kapital für Investitionen in nachhaltige Infrastruktur verfügbar ist, stellen jedoch fest, dass die meisten Entwicklungsländer keinen Zugang zu diesem Kapital haben. Gleichzeitig sind Investoren oft nicht in der Lage, in den meisten Entwicklungsländern angemessenen Zugang zu realisierbaren Investitionsprojekten zu erhalten. Wir bekräftigen unsere nachdrückliche politische Entschlossenheit zur Schaffung eines günstigen Umfelds auf allen Ebenen zur Erreichung der relevanten Ziele für nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Ziels 9, das darauf angelegt ist, die Entwicklung einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur in den Entwicklungsländern durch eine verstärkte finanzielle, technologische und technische Unterstützung dieser Länder, einschließlich der afrikanischen Länder, der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer, zu erleichtern. Wir verpflichten uns, den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich zu erweitern sowie anzustreben, in den am wenigsten entwickelten Ländern einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen.

49. Wir begrüßen und bekräftigen die wichtigen Beiträge der Süd-Süd-Zusammenarbeit und der Dreieckskooperation zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, zur Erreichung des übergeordneten Ziels der Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen sowie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und bekräftigen, dass die Süd-Süd-Zusammenarbeit die Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht ersetzt, sondern vielmehr ergänzt, und ein wichtiger Bestandteil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die entwicklungspolitische Wirksamkeit der Süd-Süd-Zusammenarbeit und der Dreieckskooperation zu erhöhen. Wir begrüßen das Ergebnis der zweiten Konferenz der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über die Süd-Süd-Zusammenarbeit²⁶. Wir verpflichten uns außerdem darauf, die Dreieckskooperation als Mittel zur Einbringung einschlägiger Erfahrungen und Sachkenntnisse in die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

50. Wir anerkennen die Bedeutung der bislang 2021 und Ende 2020 abgehaltenen Tagungen, darunter die Tagung auf hoher Ebene zum Thema Wasser, die Sondertagung der Generalversammlung zur Korruptionsbekämpfung, die Fünfte Thematische Sondertagung der Vereinten Nationen zum Thema Wasser und Katastrophen, der Dialog auf hoher Ebene über Wüstenbildung, Bodendegradation und Dürre, die Veranstaltung auf hoher Ebene zu Kultur und nachhaltiger Entwicklung, die Tagung auf hoher Ebene zu den Ländern mit mittlerem

²⁶ Resolution [73/291](#) der Generalversammlung, Anlage.

Einkommen, die Sondertagung auf hoher Ebene des Wirtschafts- und Sozialrats zu den kleinen Inselentwicklungsländern, den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern, die Tagung des Rates auf hoher Ebene zum Thema „Ein Impfstoff für alle“, der Vierzehnte Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, auf dem die Erklärung von Kyoto angenommen wurde, die Weltkonferenz 2021 zu Ziel 16 der Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Sondertagung der Generalversammlung zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie (COVID-19). Wir verpflichten uns, auch weiterhin auf den Erfolg aller für 2021 und 2022 anberaumten Tagungen hinzuarbeiten und ambitionierte, handlungsorientierte und synergetische Prozesse und Diskussionen auf diesen Tagungen zu fördern, darunter die zweite Weltkonferenz über nachhaltigen Verkehr, die zweite Ozeankonferenz der Vereinten Nationen, das Gipfeltreffen von Tokio „Ernährung für Wachstum“, der vom Generalsekretär einberufene Gipfel zu Ernährungssystemen, der Energiedialog auf hoher Ebene, die fünfzehnte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und die sechszwanzigste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sowie die fünfzehnte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung und die internationale Tagung „Stockholm+50: Ein gesunder Planet für den Wohlstand aller – unsere Verantwortung, unsere Chance“, der interaktive Dialog über die Harmonie mit der Natur, die Tagung auf hoher Ebene zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Neuen Urbanen Agenda, die fünfte Umweltversammlung der Vereinten Nationen, UNEP@50 und die fünfzehnte Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Wir fordern die Institutionen des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen auf, einen besseren Wiederaufbau anzustreben und zu bewirken. Darüber hinaus sollen sie die Programmländer auf kohärente und kooperative Weise dabei unterstützen und mit ihnen gemeinsam daran arbeiten, dringend nachhaltige Lösungen und Partnerschaften mit Katalysatorwirkung umzusetzen, gegebenenfalls unter Nutzung digitaler Technologien, auch zusammen mit der Zivilgesellschaft, Finanzinstitutionen und dem Privatsektor, um in der Zeit nach COVID-19 die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Verabschiedet auf dem hochrangigen politischen Forum über nachhaltige Entwicklung, einberufen unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats, auf seiner 1. Plenarsitzung am 15. Juli 2021 und auf dem Tagungsteil auf hoher Ebene der Tagung 2021 des Rates auf der 11. Plenarsitzung am 16. Juli 2021